

Bezirksamt Mitte von Berlin
Ordnungsamt - Ord 5 2 -
Karl-Marx-Allee 31
10178 Berlin

Datum: _____

**Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 46 StVO
für Schichtarbeiter oder aus gesundheitlichen Gründen**

Hiermit beantrage ich: Frau Herr

Name, Vorname: _____

Anschrift (privat): _____

PLZ/Ort: _____

Telefon/E-Mail: _____

die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für meinen Arbeitsplatz:

Name des Betriebes: _____

Betriebssitz/Straße: _____

Betriebssitz/PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

um in der durch Verkehrszeichen mit Zusatzzeichen dem Parken mit Bewohnerparkausweis oder mit Parkschein vorbehaltenen **Zone** _____ ohne Bewohnerparkausweis oder Parkschein mit dem amtlichen Kennzeichen _____ wegen

1. Schichtarbeit (Beginn deutlich vor 06:00 Uhr und Ende deutlich nach 24:00 Uhr)
2. aus gesundheitlichen Gründen die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht möglich ist parken zu können.

Gebühren:

- bei Schichtarbeit
bis 1 Jahr = 40,00 € bis 2 Jahre = 60,00 €
- gesundheitlichen Gründen
bis Jahr = 26,00 € bis 2 Jahre = 41,00 €

Bei einer Schwerbehinderung (ab 50 %) beläuft sich die Gebühr auf 0 €.

Folgende Unterlagen für Schichtarbeiter sind beigefügt:

- Kopie/n des/r Fahrzeugscheins/e
- Nutzungsüberlassung sofern das Fahrzeug nicht auf Sie zugelassen ist
- aktuelle Bestätigung über das derzeitige Arbeitsverhältnis
- Schichtpläne der letzten 3 Monate gestempelt und unterschrieben vom Arbeitgeber
- Kopie Personalausweis

Folgende Unterlagen für gesundheitliche Gründe sind beigefügt:

- Kopie/n des/r Fahrzeugscheins/e
- Nutzungsüberlassung sofern das Fahrzeug nicht auf Sie zugelassen ist
- aktuelle Bestätigung über das derzeitige Arbeitsverhältnis
- aktuelles ärztliches Attest (im Original) aus dem hervorgeht, dass die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht möglich ist
- Kopie Personalausweis
- ggf. Kopie des Gleichstellungsbescheides oder Schwerbehindertenausweises

Ich versichere, dass die Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Mir ist bekannt, dass alle Änderungen unverzüglich mitzuteilen sind.

Bitte beachten Sie, dass bei Vorliegen eines Antrages, mit dessen Eingang, die Pflicht zur Zahlung von Verwaltungsgebühren nach § 9 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge (GebG) entsteht.

Datum, Unterschrift:
